

# Ein theologischer Diskurs ist nötig

Gastkommentar  
VON MARTIN GRICHTING

Die Reaktion der Polizeikräfte auf die islamistischen Terrorattacker von Paris war beachtlich. Die Verteidigung an der gesellschaftlich-politischen «Heimatfront» erscheint weniger überzeugend. Angesichts eines auf einer bestimmten Interpretation des Islam basierenden Angriffs ist es nicht ausreichend, bloss von der Infragestellung des westlichen Gesellschaftsmodells zu sprechen. Wer den religiösen Antrieb derer nicht zum Nennwert nimmt, die sich ins Jenseits sprengen, greift zu kurz und läuft Gefahr, inadäquat zu handeln. Im Fadenkreuz der Islamisten steht nicht einfach unsere als «dekadent» diffamierte Gesellschaft, sondern ein dem Islam widersprechendes Religions- und Weltverständnis.

Darüber muss es einen theologischen Diskurs geben: Sowenig man alle Religionen in den gleichen Topf werfen darf, so wenig darf man alle Religionen als Hort von Fundamentalismus oder Irrationalismus aus der öffentlichen Debatte verdrängen. Religionsfreiheit bedeutet nicht eine religionsfreie Öffentlichkeit, sondern die Freiheit der Gläubigen, sich einzubringen. In religiösen Inhalten können Wahrheitsgehalte erkannt werden, die sich in eine religiös ungebundene Argumentation einbringen lassen (Habermas).

Im Islam – und nicht nur im Islam derjenigen, die das «Bataclan» gestürmt haben – umfasst und ordnet die offenbarte Religion alles, auch Recht, Politik, Wirtschaft und Kultur. Dagegen kennt der christliche Glaube die Unterscheidung zwischen «Schöpfungsordnung» und «Offenbarungsordnung». Nach christlicher Lehre wurde die Welt geschaffen, bevor Gott durch Jesus Christus offenbarend in sie hineingesprochen hat. Daraus folgt: Im christlichen Weltverständnis hat die Schöpfung – und damit auch Recht, Politik, Wirtschaft und Kultur – schon vor der Religion und auch ohne sie ihren eigenen Daseinsgrund. Dieser christliche Dualismus verbietet

Religionsfreiheit bedeutet nicht religionsfreie Öffentlichkeit, sondern die Freiheit Gläubiger, sich einzubringen.

es, die der Schöpfungsordnung angehörenden Bereiche – mit dem Ergebnis eines Kalifats – der Religion unterzuordnen. Auch wenn nicht zu leugnen ist, dass das Christentum entgegen seiner Lehre oft genug Verhältnisse geschaffen hat, die einem Gottesstaat nahe kamen: Es ist gerade das Christentum, das aus seinen religiösen Ressourcen die Grundlagen für Säkularität und für eine pluralistische Zivilisation schafft. Und deshalb konnten im 18. Jahrhundert vorreligiös begründete Menschenrechtskataloge in Amerika und in Frankreich aufgestellt werden, aber bis heute nicht in Saudiarabien.

Eine Religion, die aufgrund ihrer Glaubenslehre Säkularität ermöglicht, hat andere Aufgaben und Potenziale als eine Religion, die ein monistisches System begründet, das alles unter ein Grundprinzip stellt. Bedeutend ist in diesem Zusammenhang Ernst-Wolfgang Böckenförde. Seiner These gemäss lebt der säkulare Staat von Voraussetzungen, die er selber nicht zu garantieren vermag. Deshalb bedarf er auch der Religionsgemeinschaften. Bedauerlich ist allerdings, dass Böckenförde allzu oft zum Opfer eines Eklektizismus gemacht wird. Denn er sagt nicht nur, dass Religionsgemeinschaften eine Funktion im säkularen Staat haben. Er führt auch aus, wie sie diese Funktion wahrzunehmen hätten, nämlich nicht als Statthalter des Wertkonsenses und als Vertreter einer Zivilreligion. Vielmehr hätten sie dann eine nützliche Funktion für den Staat, wenn sie ihre Botschaft «unverkürzt» verkündigten.

Die Vertreter des Christentums können sich somit nicht damit begnügen, das religiös verbrämte Echo der Akteure der Zivilgesellschaft zu sein, die Toleranz und Integration fordern. Sie müssen vielmehr offensiv die christliche Botschaft verkünden. Sie müssen zeigen, dass ihr transzendenter Gott nicht nur die Quelle einer Offenbarung ist, sondern auch und zuerst der Schöpfer einer mit Vernunftgründen zu erkennenden und zu ordnenden Welt. Dadurch ist das Christentum ein Bollwerk nicht nur gegen jeden religiösen Monismus und Totalitarismus, sondern auch gegen die Selbstvergottung des Staates oder des Menschen. Nicht durch eine weitere Säkularisierung, sondern durch den guten Gebrauch dieser theologischen Ressourcen stützen die christlichen Religionsgemeinschaften den säkularen Staat und die Zivilgesellschaft, deren wir uns auch weiterhin erfreuen wollen.

Martin Grichting ist Generalkvikar des Bistums Chur.